

3.6. „Wir kamen als Arbeiter, blieben als Bürger“*

Türkische Einwanderung in Australien
Claudia Derichs

2008 feierten türkische Einwanderer das 40-jährige Jubiläum ihrer Migration nach Australien. Ihre Integration gelang augenscheinlich sehr gut. Die türkische Migration nach Australien verzeichnete seit den späten 1960er Jahren einen ähnlichen Verlauf wie die nach Deutschland: Viele Einwanderer(-Familien) blieben im Land. Wie hier aus „Arbeitern“ schließlich „Bürger“ wurden, ist Thema dieses Beitrags.

Die Erfolgsgeschichte türkischer Migration nach Australien stellt ein lohnenswertes Anschauungsobjekt für Fragen der Migrations- und Integrationspolitik dar. Auch für die Frage nach der Bedeutung eines fruchtbaren interreligiösen Dialogs in modernen, pluralistischen Gesellschaften ist die australische Erfahrung wertvoll. Sie legt den Befund nahe, dass ein klares politisches Bekenntnis zur Multikulturalität, wie Australien es vollzogen hat, die Identifikation seiner Bürger mit dem Staat nicht nur fördert, sondern zu einer aktiven, gestaltenden Bürgerschaft ermuntert und dies wiederum positiv auf die gelebte gesellschaftliche Integration im Alltag ausstrahlt. Daraus lassen sich einige Überlegungen für die integrationspolitische Diskussion in Deutschland ableiten.

Soziale Inklusion

„Wir können hier unseren Werten folgen, wir haben Moscheen und wir feiern die islamischen Festtage. Ich kann nachts ausgehen und meine Mutter ebenso. Sie trägt ein Kopftuch, aber sie braucht sich deswegen hier nicht zu ängstigen. In der Türkei wäre das anders, da hätte sie ein Problem.“¹ „Es ist einfach hier, seine Werte zu bewahren und



Prof. Dr. Claudia Derichs,
geb. 1965, Philipps-
Universität Marburg.
derichs@staff.uni-
marburg.de

* Die empirischen Darlegungen basieren auf zwei Forschungsaufenthalten in Melbourne und Sydney in den Jahren 2008 und 2009 im Rahmen eines deutsch-australischen Forschungsprojektes. Bei jedem Feldaufenthalt wurden ca. 40 Institutionen und Individuen besucht und anhand eines leitfadengestützten Fragebogens befragt.

1 Filiz, Mitglied der *Denizli Association*, Broadmeadows, 15.12.09.

trotzdem nicht gegen den Mainstream australischer Wertvorstellungen zu schwimmen. Aber mit dem Begriff ‚Islam‘ sollte man vorsichtig sein, denn gut die Hälfte der Türken hier sind keine praktizierenden Muslime, schätze ich.² In dieser und ähnlicher Weise äußern sich viele türkischstämmige Australier auf die Frage hin, ob sie sich in ihrem Land wohl und sicher fühlen. Australier, so Bankkaufmann Hüseyin Mustafa, seien sehr leidenschaftlich und patriotisch im Aufbau der türkischen Gemeinschaft. Der türkischstämmige Banker mit drei Staatsbürgerschaften benutzt dabei die Phrase „wir Australier“ und konstatiert: „Wir müssen uns schämen für das, was wir den Aborigines angetan haben.“³ Die Diktion und Identifikation mit der australischen Nation lassen aufhorchen, attestieren sie doch ein augenscheinlich hohes Maß an gesellschaftlicher und politischer Integration. Der Integrationsprozess erscheint in der Tat weitgehend gelungen. Die jüngere Generation wird als diejenige beschrieben, die „das Beste aus beiden Kulturen“ auf sich vereinen kann. Australien gilt in den türkischen Gemeinden als Land, das mit offenen Armen empfängt und kulturelle Diversität positiv konnotiert.⁴

Von den schätzungsweise 50.000 bis 80.000 Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund⁵ als „der türkischen Gemeinschaft“ zu sprechen, verbietet sich gleichwohl in Australien genauso wie in Deutschland. Ein hoher Grad an Pluralismus kennzeichnet die türkischstämmige Bevölkerung, doch es gibt auch viele verbindende Elemente, zu deren stärksten die türkische Sprache und kulturelle Werte gehören. Auch die Religion spielt eine Rolle als Bindeglied und Marker von Authentizität. Wenn sich die türkischen Gemeinden in Australien heute größtenteils als integriert und zugehörig, als „Australier“ oder auch, mit einer lockeren Mischung aus Stolz und Humor, als *Aussie Mossie (Australian Muslim)* bezeichnen, dann interessiert aus integrationspolitischer Sicht die Frage, mit welchen politisch-institutionellen, struktur- und normbildenden Instrumenten diese „Erfolgsgeschichte“ unterfüttert wurde.

2 Dr. Salih Yucel, *Centre for Studies in Religion and Theology*, Monash University, Melbourne, 22.09.08.

3 Hüseyin Mustafa, *Local Business Banking*, Commonwealth Bank, Melbourne, 23.09.08.

4 Komprimierte Aussagen zahlreicher Interviews und Gespräche mit türkischstämmigen Personen unterschiedlicher Alters-, Berufs- und sozialer Statusgruppen.

5 Die Zahlen beruhen auf Schätzungen. Die überwältigende Mehrheit der türkischstämmigen Bürger besitzt die australische Staatsangehörigkeit, und der Zuwanderungshintergrund der zweiten und dritten Generation wird statistisch nicht erfasst. Extrem hohe Schätzungen liegen bei 150.000 bis 300.000 Personen inklusive der zweiten und dritten Generation.

Das Prinzip „Multikulturalität“

Australien hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Einwanderer gesucht. Sie sollten in erster Linie als Arbeitskräfte – vornehmlich in der Autoindustrie (z. B. Ford, General Motors, Dunlop, Good Year) und der Schwerindustrie (z. B. Morgan Steel) – zur Verfügung stehen, im Unterschied zu den nach (West-)Deutschland migrierenden Menschen aber keine „Gastarbeiter“ sein. Die australische Regierung, die 1967 einen bilateralen Vertrag mit der Türkei unterzeichnete, bestand auf der Formulierung *Migrants* für die einwandernden Türken und Türkinnen, während die türkische Regierung den Terminus *Guest Workers* präferierte. Die offizielle Festbroschüre zum 40-jährigen Jubiläum türkischer Einwanderung nach Australien (2008) notiert, dass die Türkei bereits in den frühen 1960er Jahren mit der Entsendung von Arbeitskräften nach Europa begonnen hatte und, auf Basis dieser Abkommen, in den späten 1960er Jahren das Zielland Australien mit gleicher Elfe maß. Die entsandten Arbeitskräfte sollten temporär im Ausland weilen, um nach einigen Jahren – mit finanziellen Ressourcen und modernen Fachkompetenzen ausgestattet – in die Türkei zurückzukehren. Australien hingegen rekrutierte die Migranten als zukünftige Bürger. Im Unterschied zur vorangegangenen Immigrationspolitik ermutigte die australische Regierung Ende der 1960er Jahre zur Einreise von Familien und Paaren.⁶ Dieser kleine, aber bedeutende Unterschied erleichterte das spätere Verbleiben der türkischen Migrationsgemeinschaften in den Metropolregionen Melbourne und Sydney.

Die ersten türkischen Migranten trafen 1968 in Australien ein. Ihre nachfolgende Geschichte weist einige Parallelen zur Geschichte der türkischen Einwanderung nach Deutschland auf. Viele derjenigen, die eigentlich nur wenige Jahre im Aufnahmeland verweilen wollten, schoben die Rückkehr in die Türkei immer wieder auf und blieben schließlich im Einwanderungsland. Der Slogan der Jubiläumsfeierlichkeiten zur 40-jährigen Migration aus der Türkei (im Jahr 2008) bringt dies deutlich zum Ausdruck: „We came as workers – we stayed as citizens“. Der Slogan weist zugleich auf einen anderen Aspekt der türkischen Migrationsgeschichte in Australien hin: Die Einwanderer erhielten, relativ rasch, den Status als

6 Vgl. o. V.: „We Came as Workers – We Stayed as Citizens“ 2008, S. 2.

Bürger (*Citizen*) und konnten dadurch politisch und wirtschaftlich von allen Rechten, die mit diesem Status einhergehen, Gebrauch machen, aktiv partizipieren und die Gesellschaft mitgestalten. Für ihre soziale Sicherheit bedeutete dieser Status nicht nur die Möglichkeit, die staatlichen Sicherungssysteme in Anspruch zu nehmen, sondern auch auf einer emotionalen Ebene ein Gefühl von Sicherheit hegen zu können. Zu dieser emotionalen Sicherheit trug die Integrationspolitik des australischen Staates in erheblichem Maße bei, z. B. durch Sprachangebote an Schulen, muttersprachliche Betreuung in Behörden oder durch kommunale Beratungsdienstleistungen. Seit 1973 liegt dieser entgegenkommenden Politik auch formal das Paradigma der Multikulturalität zugrunde.

Eine konzertierte politische Umsetzung des Konzepts „Multikulturelles Australien“ erfolgte ab 1989 unter Premierminister Bob Hawke. Hawke implementierte die „Nationale Agenda für ein multikulturelles Australien“, die auf Basis einiger wesentlicher Erkenntnisse formuliert worden war. Australien hatte in den vergangenen Dekaden einen dramatischen Wandel durchlaufen, seine strategischen Beziehungen, sein Handelsnetzwerk und seine Investitionen konzentrierten sich in signifikantem Maße auf die Region Asien-Pazifik. Die Immigrationsregeln waren erheblich liberalisiert worden, sodass das Selbstbild als eine Nation von Nachkommen britischer und irischer Einwanderer der Realität in keiner Weise mehr entsprach. Eine realistische Sichtweise erforderte nicht nur die Anerkennung des besonderen Status der Aborigines als Ureinwohner des Kontinents, sondern auch die Anerkennung der demografischen Veränderungen, die durch Zuwanderungen aus über 140 Ländern entstanden waren. Hawke forcierte eine politische Antwort auf die Herausforderung der Diversität – eine Antwort, die sich nicht nur auf die Technik des *Diversity Management* richtete, sondern vor allem auch auf einen Wandel der Einstellungen in der Gesellschaft und einer entsprechenden Umsetzung von politischen Maßnahmen, Programmen und Initiativen zur Flankierung dieses Wandels. „Wir müssen den enormen Reichtum an menschlichem Talent, der uns zur Verfügung steht, in vollem Maße nutzbar machen“, so Hawke.⁷ Dieses nationale Projekt forderte von allen Beteiligten Zugeständnisse und Bekenntnisse ein. Sie wurden im sogenannten *Multicultural Compact* verankert.

7 Office of Multicultural Affairs 1989, Foreword.

Vertrag auf Gegenseitigkeit

Der *Multicultural Compact* basiert auf sieben Prinzipien, die sich auf zwei Arten von Verpflichtungen beziehen: zum einen die Verpflichtungen, die alle Bürger des Landes ungeachtet ihrer Herkunft dem Staat gegenüber eingehen; zum anderen die Verpflichtungen, welche der Staat gegenüber den Bürgern eingeht. Während Letztere eine breite Palette von integrationsfördernden Instrumenten wie gleiche Zugangschancen und Teilhabemöglichkeiten im politischen wirtschaftlichen Bereich oder die Reflexion der kulturellen Diversität in den Serviceleistungen der staatlichen Institutionen beinhalten, verlangen Erstere ein klares Bekenntnis zu den politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Australiens – zu Rechtsstaatlichkeit und Toleranz, zur Chancengleichheit, zur parlamentarischen Demokratie, zur Rede- und Religionsfreiheit, zum Englischen als Nationalsprache sowie zur Gleichheit der Geschlechter und Ethnien. Das oberste Prinzip besteht in der Loyalität zu Australien, seinen Interessen und seiner Zukunft.⁸

Das zugrunde liegende Leitmotiv des multikulturellen Pakts kann somit als „fördern und fordern“ beschrieben werden. Deutlich wird dies in der pragmatischen Handhabung der Sprachenvielfalt, für deren „Management“ die Regierung folgende Verpflichtung einging:

„to provide opportunities for all Australians to acquire and develop proficiency in English and in languages other than English and to develop cross cultural understanding.“⁹

In institutioneller Form wird die Bereitstellung von Möglichkeiten des englischen und nicht englischen Spracherwerbs vor allem an den öffentlichen und privaten Schulen des Landes praktiziert. Das Politikfeld Bildung stellt damit eine zentrale Säule der staatlichen Integrationspolitik dar und ist im australisch-deutschen Vergleich insbesondere deshalb interessant, weil der Stellenwert von Bildung in den türkischen Gemeinschaften Australiens um ein Vielfaches höher zu sein scheint als in Deutschland.

8 Vgl. Office of Multicultural Affairs 1996, S. 2.

9 Office of Multicultural Affairs 1996, S. 2.

Sprach- und Bildungserwerb

Sprache und Kultur sind symbiotisch verbundene Identifikationselemente. Während die Akzeptanz des Englischen als Nationalsprache unumstößlich ist, soll die Institution Schule den übrigen Sprachgemeinschaften in Australien gleichwohl ein Gefühl von Sicherheit und kultureller Nähe vermitteln. Dies erfolgt in wachsendem Maße durch die Gründung von ethnisch, religiös oder weltanschaulich orientierten Privatschulen. Die türkischen Gemeinschaften in Australien haben die Möglichkeiten der Schulgründung genutzt und sie mehrheitlich in eigener Initiative und mit privatem Startkapital umgesetzt. Die Curricula dieser Schulen folgen den nationalen Vorgaben. Die Unterrichtssprache ist Englisch; Kurse in Türkisch als *Language Other Than English* (LOTE) sind aber ebenfalls Bestandteil des Stundenplans. Eine LOTE-Sprache kann als Prüfungsfach für die Zulassung zum Universitätsstudium gewählt werden. Die Schüler schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Der religiösen Affiliation wird an den konfessionell basierten Einrichtungen ebenfalls Rechnung getragen; an einigen Schulen wird das islamische Freitagsgebet öffentlich zelebriert. Zwar wird auch an den staatlichen Schulen Türkisch als Fremdsprache angeboten (in Samstagskursen), wird Raum für die religiöse Praxis zur Verfügung gestellt und wird der Wert des kulturellen Miteinanders vermittelt. Dennoch scheinen die türkisch-islamischen Privatschulen eine eigene Ausstrahlung zu besitzen, die über die spezifische kulturelle und religiöse Wertevermittlung erzielt wird. Der Aspekt der religiösen Bildung etwa ist für viele Eltern von Bedeutung, denn die staatlichen Schulen bieten das Unterrichtsfach Religion nicht an. Gleichwohl kann auch das Fach Religionswissenschaft (*Studies of Religion*) als Prüfungsfach für die Zulassung zur Universität gewählt werden. Der australische Staat verhält sich in dieser Hinsicht den religiösen Affinitäten der Bevölkerung gegenüber ausnehmend responsiv. Konfessionell ausgerichtete Schulen erhalten staatliche Unterstützung und sind dadurch zu einer beliebten Anlaufstelle für Eltern geworden, die ihren Kindern eine Primär- und Sekundärbildung mit starken Bezügen zu ihrer eigenen Herkunftskultur sowie eine feste religiöse Orientierung bieten möchten.

Mühele Vereinarkeit

Augenfällig ist die offenbar mühele Vereinarkeit einer religiös-kulturell beeinflussten Lebensweise mit einer pluralistischen, mehrheitlich nicht muslimischen Orientierung der übrigen australischen Gesellschaft.¹⁰ Offenbar gelingt in Australien das, was Faruk Şen für Deutschland noch als „Suche“ vor allem der jugendlichen Muslime bezeichnet, namentlich die Realisierung „einer islamischen Lebensweise, die sie nicht in einen Konflikt mit der westlichen Aufnahmegesellschaft zwingt, sondern selbstverständlicher Bestandteil einer pluralistischen Gesellschaft werden lässt“.¹¹ Die Möglichkeiten, die präferierte Lebensweise praktizieren zu können, werden durch die staatliche Anerkennung und Förderung der Bildungseinrichtungen der verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinden in Australien erheblich ausgeweitet.

Eine besondere Kommunikationsdienstleistung bietet die Einwanderungsbehörde (*Department of Immigration*) in Form eines 24-Stunden-Service für die Kommunikation in jeder gewünschten Sprache (*Translating and Interpreter Services*). Er kann von Privatpersonen, aber auch von Unternehmen und dem öffentlichen Dienst genutzt werden. In den bundesstaatlich geförderten, kommunal organisierten *Migrant Resource Centres* wird ebenso Wert darauf gelegt, muttersprachliche Ansprechpersonen für ratsuchende Migranten bereitzustellen. Die Zentren sind für akute und langfristige Bedürfnisse von Migranten und Flüchtlingen zuständig. Ihre Dienste sollen die Integration in die lokale Gemeinschaft erleichtern. Angesichts der umfassenden institutionellen Infrastruktur, welche der Staat bereitstellt, sind die kritischen Aussagen türkischstämmiger Bürger eher auf die eigene Gemeinschaft gerichtet. Integrationsdefizite werden in erster Linie auf das eigene Verhalten zurückgeführt, sehr selten auf einen latenten Rassismus der australischen Bevölkerung und so gut wie nie auf eine verfehlte staatliche Integrationspolitik.¹²

Integrationspolitische Anregungen

Freilich sollten hieraus keine voreiligen Rückschlüsse auf das Zusammenleben in pluralistischen Gesellschaften generell gezogen

10 Vgl. auch Bouma 1995.

11 Şen 2007, S. 18.

12 Komprimierte Aussagen zahlreicher Interviews und Gespräche mit türkischstämmigen Personen unterschiedlicher Alters-, Berufs- und sozialer Statusgruppen.

werden; ein Blick auf die Situation in Australien aber lohnt sich allemal. Und dies auch vor dem Hintergrund, dass Australien sich nicht nur als Einwanderungsland versteht, sondern als ein Aufnahmeland, welches den Mehrwert der Multikulturalität zu schätzen weiß und ihre Förderung in politische Maßnahmen umsetzt. Die Schilderungen erlauben die Ableitung einiger Befunde, die bei aller empirisch-systematischen Unzulänglichkeit doch für die integrationspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland interessant sein könnten. Sie lassen sich auf zwei Aspekte komprimieren:

1. Das staatlich ausgegebene Paradigma der multikulturellen Gesellschaft Australiens hat sich integrationspolitisch positiv ausgewirkt. Die Anerkennung von Diversität als Gewinn für eine Gesellschaft, ohne die Gemeinsamkeiten auszublenden oder zu ignorieren stellt eine politische Weichenstellung dar. Sie erleichtert es den ethnischen und religiösen Gemeinschaften, in Selbstorganisation aktiv zu werden. Schulen aufzubauen und Bildung als erstrebenswertes Gut zu etablieren, stellt eine solche Aktivität dar. Die Formel „mit Bildung zum Erfolg“ ist dabei maßgeblich von der Vorstellung mitgeprägt, dass Bildung nicht losgelöst von der individuell bevorzugten Kultur, Sprache und Religion erzielt zu werden braucht, sondern gerade durch die symbiotische Verbindung dieser Identifikationselemente zu äußerst erfolgreichen Resultaten führt. Den besonderen Bedürfnissen einer multikulturellen Bevölkerung wird überdies mit einer umfassenden behördlich-institutionellen Infrastruktur begegnet. Dolmetsch- und Übersetzungsdienste, *Migrant Resource Centres* und zahlreiche andere Einrichtungen bereiten das Fundament für ein kulturell sensibles Verwaltungshandeln. Andere öffentliche und private Dienste, die eine spezifische kulturelle Sensibilität erfordern (Finanzdienstleistungen, Gesundheits- und Altersversorgung, juristische Betreuung usw.), erfolgen in zunehmendem Maße durch Selbstorganisation der Gemeinden und Individuen.
2. Australiens moderne Einwanderungspolitik wird von dem Prinzip geleitet, Einwanderer zu gewinnen, die im Land bleiben und sich dauerhaft niederlassen. Die vergleichsweise rasche Vergabe des Staatsbürger-Status (*Citizenship*) mit der Möglichkeit einer mehrfachen Staatsbürgerschaft unterstreicht diese Haltung. Die praktische Umsetzung dieses politischen Prinzips

erfolgt auf verschiedenen Ebenen und in sehr unterschiedlichen Politikfeldern. In der Bildungspolitik etwa gilt, dass die bevorzugte LOTE-Sprache an den Schulen frei gewählt und in eigens eingerichteten Sprachzentren (Samstagsschulen) gelernt werden kann. Für die erwähnten türkischen Privatschulen bedeutet dies, dass die Vermittlung des Türkischen zwei positive Effekte miteinander verknüpft: Neben der staatlichen Anerkennung als LOTE ist die Sprache auch ein wesentlicher Träger der türkischen Kultur. Kulturelle Bildung wird damit vor allem auch über das Medium Sprache vermittelt und dient, ganz nebenbei, der vertikalen Bildungsmobilität. 🌐

Literaturverzeichnis

- Bouma, Gary: The Emergence of Religious Plurality in Australia. A Multicultural Society. In: *Sociology of Religion* 56 (3), 1995, S. 285-302.
- Office of Multicultural Affairs: *National Agenda for a Multicultural Australia. Sharing Our Future*. Australian Government Publishing Service, Canberra 1989.
- Office of Multicultural Affairs: *Our Nation. Multicultural Australia and the 21st Century. The Government's Response to the Report of the National Multicultural Advisory Council*. Multicultural Australia. The Next Steps and Beyond 2000. Australian Government Publishing Service, Canberra 1996.
- o. V.: *We Came as Workers – We Stayed as Citizens'. Celebrating 40 Years of Turkish Migration to Australia*. Melbourne 2008.
- Şen, Faruk: *Islam in Deutschland. Religion und Religiosität junger Muslime aus türkischen Zuwandererfamilien*. In: *Wensierski, Hans-Jürgen von / Lübcke, Claudia (Hrsg.): Junge Muslime in Deutschland. Lebenslagen, Aufwuchsprozesse und Jugendkulturen*. Verlag Barbara Budrich, Opladen und Farmington Hills 2007, S. 17-32.